

# Die Studierendenproteste 2009 aus der Sicht von LektorInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen

Ein Gespräch mit Thomas Schmidinger



*Thomas Schmidinger ist Lektor am Institut für Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Internationale Politik, Mittlerer Osten, Migration und politischer Islam. Er war 2009-2010 Präsident der IG externer LektorInnen und freier WissenschaftlerInnen und hat sich in verschiedenen Bereichen der Protestbewegung engagiert. Seit 2010 ist er Ersatzmitglied von Betriebsrat und Senat der Universität Wien. Das Gespräch mit Thomas Schmidinger führte Eduard Fuchs.*

1) Studierendenproteste hat es ja auch im Zuge von Veränderungen der Universitätsstruktur in der Vergangenheit gegeben. Wo sehen Sie die „neue Qualität“ dieser jüngsten Protestbewegung im Vergleich zu früheren universitären Protestbewegungen?

Einer der zentralen Unterschiede war sicher der Einsatz neuer interaktiver Medien – das war auch mir noch teilweise fremd, während es für die neue Studierendengeneration selbstverständlich ist, damit umzugehen. Wie ich nach Wien gekommen bin und zu studieren begonnen habe, habe ich meine erste Mailadresse gehabt und beim Streik der Studierenden 1996, an dem ich damals teilgenommen habe, war es maximal so, dass man sich über Mail verständigen konnte. Wer nicht ständig präsent war, war nicht Teil der Bewegung. Durch den Einsatz dieser neuen Medien ist der Zugang zur Protestbewegung wesentlich niederschwelliger geworden und Studierende, die nicht immer Zeit hatten, aber mit den Anliegen sympathisiert haben, konnten sich das „virtuell“ anschauen und sind dann gekommen, wenn für größere Aktionen mobilisiert worden ist. Das war wesentlich zugänglicher sowohl für die Studierenden und auch Lehrenden, aber auch für eine breitere Öffentlichkeit, die sich das quasi „live übers Internet“ anschauen konnte. Das hat natürlich nicht nur positive Aspekte, wenn man sich das in Hinblick auf Diskussionen zum Überwachungsstaat überlegt, ist das fast anachronistisch, dass man sich da selbst überwacht und Diskussionen, tlw. sogar Diskussionen über Akti-

onsformen dann selbstverständlich auch gleich für Mitarbeiter des Ministeriums und des Bundesamts für Verfassungsschutz nachvollziehbar macht. Das war für mich manchmal auch befremdlich, aber ich hab das auch sehr interessant gefunden, wie kreativ die Studierenden mit diesen Medien umgegangen sind und sie auch sehr effektiv genutzt haben.

Ein weiterer Unterschied zu früheren Protesten – und das hängt vielleicht auch mit dem ersten Punkt zusammen – war die relativ geringere Präsenz ideologisch verengter K-Gruppen, bzw. waren viele Mitglieder solcher Gruppen selbst in der Protestbewegung aktiv, aber mir scheint – zumindest von dem, was ich bei meinen Besuchen im besetzten AudiMax und im C1-Hörsaal am Campus mitbekommen habe –, dass die weit weniger penetrant als Gruppen aufgetreten sind als 1996 und in anderen früheren Streikbewegungen. Da ging es einigen dieser Gruppen offensichtlich nicht mehr nur darum, Nachwuchs für die eigene Gruppe zu rekrutieren, sondern es haben sich Leute aus diesen Gruppen durchaus als Einzelpersonen aktiv an der Bewegung beteiligt, ohne ausschließlich für die einzelnen Gruppen zu agitieren. Da hat sich aus meiner Sicht doch etwas verbessert. Was sicher auch wieder mit beiden Dingen zusammenhängt, ist, dass die Lehrenden wesentlich präsenter waren, auch in der öffentlichen Wahrnehmung.

Es ist in der Analyse auch hervorgehoben worden, dass bei dieser Bewegung im Unterschied zu früheren Bewegungen nicht

im Mittelpunkt gestanden ist, was man nicht will und was man ablehnt, sondern dass sie geprägt war von einem positiven Zugang im Sinne des gemeinsamen Arbeitens von Zielsetzungen, was auch die Einsetzung der vielen Arbeitskreise in den ersten Wochen der Besetzung dokumentiert hat. Hat das die Partizipation für viele Studierende leichter gemacht?

Ganz sicher, gerade für Studierende, die nicht besonders ideologisiert sind, die jetzt nicht primär Politik machen wollen, sondern aus gutem Grund unzufrieden mit den Studienbedingungen sind und sich eine andere Universität wünschen, ist so eine Protestbewegung sicher zugänglicher. Das führte wechselseitig auch zur Auseinandersetzung damit, welche Universität und welche Bildung angestrebt werden. Das Schlagwort „Bildung statt Ausbildung“ zeigt – bei aller Verkürzung – dass es nicht um die Ablehnung einer einzelnen Maßnahme geht, sondern dass man sich wieder kreative Freiräume schaffen will, die in den letzten Jahren zerstört worden sind. Das ist zwar nicht ideologisch, aber trotzdem zutiefst politisch.

## **Erweiterter Forderungskatalog der Lehrenden- und Forschendenversammlung der Wiener Universitäten, beschlossen am 2. November 2009**

### **§ 1.**

*Wir fordern breite Debatten zu einem emanzipatorischen Bildungsbegriff!*

*Der derzeitige Bildungsbegriff ist am Projekt einer wettbewerbsfähigen Wissensökonomie orientiert. Bildungsinstitutionen wird fast ausschließlich im Kontext marktwirtschaftlicher Verwertungslogiken Bedeutung zugemessen. Ein emanzipatorischer Bildungsbegriff dagegen umfasst selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Lernen sowie das Recht auf freie Forschung und erkennt auch nicht-akademische Wissensformen und Wissenskulturen an. Ziel von Bildungspolitik sollte daher sein, die Rahmenbedingungen für die Thematisierung und Reflexion möglichst vielfältiger Inhalte aus verschiedenen Perspektiven zu schaffen. Wir lassen uns nicht zu Humankapital einer Wissensökonomie reduzieren. Wir sind Teil einer ebenso breiten wie vielfältigen Basis emanzipatorischer, sozialer Bewegungen.*

### **§ 2.**

*Wir fordern freien Zugang zu Wissen und die Demokratisierung der Forschungsförderung!*

*Die Prioritätenbildung in der Forschungsförderung von Seiten der Politik ist weder transparent noch Ergebnis eines demokratischen, gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Sie wird von Eliten vorgegeben und folgt oft partikularen wirtschaftlichen Interessen. Dadurch leiden viele nicht unmittelbar ökonomisierbare Forschungszweige und Fachgebiete unter Unterfinanzierung. Dies hat dramatische Auswirkungen auf das Lehr- und Forschungspersonal und die Infrastrukturen, wie Bibliotheken und technische Gerätschaften. Wissen, das an öffentlichen Einrichtungen geschaffen wird, soll auch frei und kostenlos für alle zugänglich sein. Insbesondere fordern wir eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Teilhabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen an Kolonialismus, Nationalsozialismus und „embedded scientists“ in gegenwärtigen Kriegen.*

### **§ 3.**

*Wir fordern Bildung für alle und jederzeit statt lebenslanglich Ausbildung!*

*Der Imperativ lebenslangen Lernens ist heute vor allem eine Aufforderung, sich für einen flexiblen Arbeitsmarkt „fit“ zu halten. Nicht nur zertifizierte Schul- und Universitätsabschlüsse, sondern auch außerschulische Kompetenzen und kognitive Fähigkeiten wie Intelligenz, soziale Kompetenz und Kreativität, werden in den Dienst von „employability“ gestellt. Wir fordern, dass diese Fähigkeiten auch außerhalb einer Verwertungslogik als Grundlage persönlicher Entfaltung und sozialer Bewegungen anerkannt werden. Eine so verstandene Bildung muss für alle Generationen und generationenübergreifend frei zugänglich sein.*

### **§ 4.**

*Wir fordern exzellente Massenuniversitäten!*

*Der im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ offen zu Tage tretenden Tendenz zur Elitebildung im ganzen Bildungssystem muss Einhalt geboten werden. An die Stelle von fragwürdigen Eliteprogrammen, die eine höchst spezialisierte, politisch regulierte Wissensproduktion mit gesellschaftlichen Privilegien verbinden, müssen Bemühungen und Maßnahmen treten, eine ausgezeichnete Lehre und Forschung auf allen Ebenen, in allen Fachbereichen und für alle Studierenden zu gewährleisten. Eine Massenuniversität kann mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung Exzellenz für alle bieten.*

### **§ 5.**

*Wir fordern verstärkte Maßnahmen gegen Diskriminierung!*

*Verschiedene gesellschaftliche Mechanismen erschweren und verhindern aktuell breiten Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Bildungssystem. Dazu zählen nicht nur Studiengebühren und Knock-out-Prüfungen an den Universitäten, sondern ebenso Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Migrationshintergrund, Staatsbürgerinnenschaft etc. an allen Bildungseinrichtungen, insbesondere im Pflichtschulbereich. Um mittelfristig allen Gesellschaftsmitgliedern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen, sind wir für den Ausbau institutioneller Strukturen und Investitionen zur Förderung benachteiligter Gruppen, neben antidiskriminatorischer Betriebsvereinbarungen und der Anerkennung ausländischer Zeugnisse. Darüber hinaus fordern wir die explizite Orientierung von Forschung und Lehre an der Herstellung von Wissen, das die Strukturen der Produktion von Ungleichheiten benennt, analysiert und bekämpft, sowie die stärkere Förderung antidiskriminatorischer Kontrollmechanismen (z. B. Transparenz bei Besetzungsverfahren, Quotenregelungen).*

### **§ 6.**

*Wir fordern die Wiederherstellung und Ausweitung der universitären Selbstverwaltung und Mitbestimmung!*

*Die letzten Jahre brachten eine massive und systematische Beschneidung der Freiheit der universitären Selbstverwaltungsorgane und der Mitbestimmung aller Mitglieder der Universitäten zugunsten marktwirtschaftlicher Modelle. Die Installation autokratischer Macht- und Herrschaftsstrukturen führte zu massivem Abbau demokratischer, kollegialer Arbeits- und Diskussionsformen. Um die aktuelle Top-Down-Politik zu stoppen, ist eine gleichberechtigte Einbeziehung aller vier Kurien in universitäre Entscheidungsprozesse unabdinglich. Die Befugnisse des Rektorats sowie die Praxis der Leistungsvereinbarungen und der Wissensbilanzen müssen neu überdacht werden. Wir fordern die Abschaffung des Universitätsrats.*

### **§ 7.**

*Wir fordern neue Formen finanzieller Absicherung für alle!*

*Die existentielle Situation des akademischen Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses ist beispielhaft für gegenwärtige prekäre Arbeitsbedingungen. Die kurzfristige und ungesicherte Vergabe von Semesterverträgen für LektorInnen bedroht die Existenz der Lehrenden wie die Lehre selbst. Die immer zwingendere Selbstfinanzierung des eigenen Arbeits-*

platzes durch Drittmittel führt zu immensen zusätzlichen Belastungen. Wissenschaftliches sowie nicht-wissenschaftliches Personal leistet in diesen Kontexten unter hohem Zeitdruck ein untragbares Ausmaß an unbezahlter Arbeit. Wir fordern langfristige Verträge mit Aussicht auf Verlängerung, fixe Arbeitsplätze und Versammlungsräume für alle Lehrenden und Forschenden. Die Flexibilisierung wissenschaftlicher Arbeitsmärkte ist symptomatisch für allgemeine Tendenzen am Arbeitsmarkt, die immer mehr Menschen immer weniger kontinuierliche, finanzielle Absicherung bieten. Wir fordern daher eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen und einen allgemeinen Mindestlohn als Möglichkeiten kontinuierlicher, finanzieller Absicherung statt prekarisierter Arbeitsmärkte.

§ 8.

*Wir fordern Strukturen für emanzipatorische Lehre und Forschung!*

Die Finanzierungsstruktur von Forschung und Lehre und damit auch die Arbeitsbedingungen wissenschaftlichen Personals geben den Rahmen für die Art und Weise vor, wie Forschung und Lehre angelegt werden und damit indirekt auch, welches Wissen produziert und vermittelt werden kann. In den derzeitigen Strukturen erhalten tendenziell die etablierten Forschungs- und Lehrbereiche mehr Unterstützung als neu entstehende und solche mit kritischem Inhalt. Kurze Anstellungsperioden und hoher Leistungsdruck schließen komplexere Fragestellungen aus und führen zur Vernachlässigung innovativer aber riskanter Forschungsinhalte. Wir fordern daher überall dort längere Förderperioden, wo es nötig und sinnvoll ist, sowie die stärkere Förderung von Forschung jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams.

§ 9.

*Wir fordern eine grundsätzliche Bestandsaufnahme sowie Diskussion über Folgen und mögliche Korrekturen des Bologna-Prozesses!*

Der sog. „Bologna-Prozess“ ist der Inbegriff für viele Missstände, die zur Zeit an den österreichischen Universitäten diskutiert werden. Sogar die deutsche Kultusministerkonferenz schließt sich der Kritik von Studierenden an einer „Verschulung“ des Studiums, einer restriktiven Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Verschlechterung der nationalen und internationalen Mobilität, einer geringen Akzeptanz des Bachelors als berufsqualifizierenden Abschluss, sowie den aufwändigen Akkreditierungsverfahren an. Hinzu kommt, dass „Bologna“ den Status einer EU-Direktive hat, weshalb sie nur von nationalen AkteurInnen interpretiert und umgesetzt werden kann. In diese Diskussion müssen alle Universitätsangehörigen und die Öffentlichkeit einbezogen werden. Wir fordern eine gründliche Reflexion darüber, welche positiven Neuerungen „Bologna“ bringt und was sich durch die Umstrukturierungen verschlechtert.

§ 10.

*Wir fordern die Überarbeitung der neuen Studienpläne!*

Die im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ geplante und teilweise erfolgte Umgestaltung der Studienpläne hat viele strukturelle und inhaltliche Probleme nach sich gezogen. Insbesondere die Modularisierung führt zur „Ver-Ausbildung“ von Bildung, zur Ermüdung der wissenschaftlichen Neugier der Studierenden und einer Einengung der Freiheit der Lehre. Kritisches und mündiges Denken vollzieht sich nicht entlang schablonierter Studienpläne, sondern kann nur in der Freiheit eines selbst bestimmten Studiums gedeihen. Daher müssen in die Studienpläne mehr Freiräume für ein selbstorganisiertes Lernen und Lehren eingearbeitet werden.

§ 11.

*Wir fordern die Einrichtung öffentlicher Räume für eine kollektive Debatte!*

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die öffentliche Diskussion, die die Studierendenproteste ausgelöst haben, fortgesetzt wird. Den vorgelegten Forderungen kann nicht durch einmalige Maßnahmen, weder durch rein finanzielle Mittel noch durch ein ad-hoc-Maßnahmenpaket, Genüge getan werden, sondern nur durch strukturelle Veränderungen und langfristig angelegte, gesamtgesellschaftliche Reflexion. Das bedeutet nicht, dass es nicht sofortigen Handelns bedürfte! In diesem Sinne unterstützen die Lehrenden und Forschenden der Wiener Universitäten ausdrücklich eine Aneignung solcher Räume und die Ausweitung der Besetzungs- und Protestbewegung! Zur Unterstützung der Bewegung fordern wir die Verantwortlichen auf, MitarbeiterInnen sowie Studierende der Universitäten für entsprechende Aktionen freizustellen!

Im Internet abrufbar unter [http://unsereuni.at/?page\\_id=14187&lang=de](http://unsereuni.at/?page_id=14187&lang=de) (Zugriff 15.6.2010)

2) Der Faktor der Nachhaltigkeit dieser Bewegung war doch imponierend: Trotz widriger Umstände hat sich die Besetzung ja doch sehr lange halten können? Ist das auch ein Novum, dass diese Bewegungen sehr schnell entstehen, dann aber auch nicht abebben, sondern sich jederzeit wieder neu entfachen können – früher war ja zumeist nach Beendigung einer Besetzung die Niederlage für einen längeren Zeitraum besiegelt?

Ich war auch selbst sehr überrascht, dass die Besetzung so lange andauert hat; ich vermute, dass das auch eine Wechselwirkung mit der Form der neuen Medien und der leichten Zugänglichkeit gehabt hat. Und dann gab es auch den Aspekt der sehr zeitnahen Selbstreflexion, wie auch das Buch über die Protestbewegung zeigt, das aus der Protestbewegung hervorgegangen ist. Es ist

offensichtlich ein kritisches Milieu entstanden, das immer wieder mobilisierbar ist. Man sieht ja auch, dass Monate nach der eigentlichen Besetzung und nach den unmittelbar danach organisierten Bologna-Protesten die Themen, die gesetzt worden sind, nach wie vor präsent sind – an der Uni, in der Politik, aber auch in den Medien. Das weist auf eine stärkere Nachhaltigkeit hin als bei frü-

heren Uniprotesten. Was es letztlich gebracht hat, kann man wahrscheinlich aber erst in ein bis zwei Jahren sagen. Und diesen Erfolg kann man ja auch nicht nur daran messen, was sich verbessert hat, sondern auch daran, was sich – ohne diese Bewegung – vielleicht verschlechtert haben könnte. Insofern ist das mit der Nachhaltigkeit von Erfolgen immer sehr schwer zu messen. Aber im Vergleich zur Protestbewegung der 90er-Bewegung lässt sich festhalten, dass ein halbes Jahr nach dem Ende der Proteste niemand mehr darüber gesprochen hat und das ist jetzt sicherlich nicht so.

3) Das Stichwort Bologna ist ja schon gefallen – Konrad Paul Lissman hat vor kurzem in einem Interview zur Bologna-Reform gemeint, dass hier mit enormem finanziellem Aufwand jahrhundertalte gewachsene Strukturen zerstört worden seien, ohne auch nur annähernd dem Ziel eines „europäischen Hochschulraumes“, der Vergleichbarkeit von Studiengängen und der Erzielung von mehr Mobilität der Studierenden näher gekommen zu sein – letztere habe sogar seit der Implementierung von Bologna abgenommen. Nun kann man ja in Bezug auf unsere Universitäten nicht behaupten, dass diese traditionell ein Hort der demokratischen Verfasstheit gewesen sind und auch die von Firnberg in den 70er-Jahren im Zuge der damaligen Universitätsreform eingeführte drittelparitätische Struktur hat inzwischen episodischen Charakter. Schafft die neuerliche Stärkung der Macht der Rektoren und Dekane bei gleichzeitigem Ausschluss der Studierenden von der Mitbestimmung und der Schwächung des Mittelbaus Bedingungen, unter denen Allianzen zwischen Studierenden und Lehrenden eher möglich sind – die Protestbewegung vom Herbst hat ja doch gezeigt, dass es tlw. von Instituten, Fakultäten, aber im Fall von Salzburg und Innsbruck durchaus auch von Rektoren selbst starke Sympathien für die Anliegen der Studierenden gegeben hat; Wien war ja da, was das Rektorat betrifft, eher ein negatives Beispiel?

Ganz sicher. Die Redemokratisierung der Universitäten war ja von Anfang an eine der Forderungen der Protestbewegung, aber auch eine Verbesserung der prekären Arbeitsbedingungen, wobei schon deutlich sichtbar geworden ist – jenseits der positiven Ausnahmen Salzburg und Innsbruck – dass die Solidarisierung von Lehrenden und Forschenden bei höherem Status immer dünner geworden ist. Ordentliche ProfessorInnen haben sich teilweise aus politischen Sympathien heraus solidarisiert, weil sie alte Linke sind, aber die Solidarität unter ProfessorInnen war letztlich schon eine enden wollende; sehr aktiv waren letztlich LektorInnen, teilweise Mitglieder des sonstigen Mittelbaus und Drittmittelangestellte – also die, die tatsächlich unter der Entdemokratisierung der Universitäten durch das UOG 2002 gelitten haben bzw. im Falle der LektorInnen ohnehin nur mehr als Randfiguren an den Universitäten geduldet werden. Da war die Solidarisierung groß, was sicherlich einerseits Folge der Entdemokratisierung gewesen ist, andererseits aber auch damit in Verbindung zu bringen ist, dass entgegen der Ankündigung des zahlenmäßigen Abbaus der LektorInnen de facto von Jahr zu Jahr mehr LektorInnen über immer längere Zeiträume unter prekären Beschäftigungsverhältnissen die Lehre an den Universitäten tragen. Diese Unzufriedenheit hat im Fall der LektorInnen auch damit zu tun, dass früher viele aus dieser Gruppe doch zumindest außerhalb der Uni irgendwo ein vernünftiges Einkommen hatten, diese Möglichkeiten aber durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten Jahre oftmals weggebrochen sind und viele nur mehr von solch prekären Projekten auf verschiedensten Ebenen leben. Insofern spricht sich die Interessengemeinschaft für LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen für eine Lösung aus, die nicht einfach die Bedingungen vor dem UOG 2002 wiederherstellt, weil das für diesen Personenkreis keiner-

lei Verbesserung bringen würde. Wir wollen eine Demokratisierung, die uns auch mit einschließt und uns andere Beschäftigungsbedingungen bietet. Die Studierenden haben begriffen, dass viele von denen, die sie als Lehrende kennen, unter ähnlich katastrophalen Bedingungen leiden wie sie selbst und das hat von Anbeginn eine wechselseitige Solidarisierung begünstigt.

4) Haben die Studierendenproteste dazu beigetragen, die Situation der externen WissenschaftlerInnen und LektorInnen verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und einen positiven Einfluss auf die Selbstorganisation dieser zahlenmäßig zwar beträchtlichen, aber doch sehr aufgesplitterten Gruppe auszuüben? Und hat dabei die eher harsche Abwehrstellung des Rektorats in Wien (das ja immer nur mit den gewählten StudentenvertreterInnen verhandeln wollte und damit die Legitimität der Streikbewegung in Frage stellte) dazu beigetragen, dass diese Solidarisierung begünstigt worden ist?

Sicher war das der Fall; die IG wurde vor den Protesten von Rektor Winkler nicht mal zu Gesprächen eingeladen. Wir haben im Frühjahr 2009 einen Forderungskatalog in Zusammenhang mit der Umsetzung des Bachelorstudiums an den Rektor gesandt und haben daraufhin nicht mal via Mail eine Antwort bekommen, geschweige denn, dass wir zu einem Gespräch über diese Forderungen eingeladen worden wären – jetzt werden wir wesentlich ernster genommen. Diese völlige Ignoranz gab es nicht nur gegenüber Forderungen der LektorInnen; auch Forderungen des Mittelbaus, z.B. der Forderungskatalog zur Zukunft der Wissenschaft, sowie der Brief der Drittmittelangestellten sind ignoriert worden. Dieses völlige Ignorieren der Proteste aus der Basis hat es sicherlich leichter gemacht, auf Konfrontation zu gehen.

5) Hat die Solidarisierung zwischen Streikbewegung und IG auch Auswirkungen auf Restösterreich gehabt – Ein Pro-

blem in Bezug auf eine Verbesserung der Situation der LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen war ja immer, dass die Bewegung stark auf Wien und hier vor allem auf die Wiener Uni beschränkt war?

Geographisch gesehen war sicher Wien das Zentrum, aber es kam auch von anderen Universitäten Zustimmung und bei der kürzlich erfolgten Neuwahl des IG-Vorstands wurde erstmals seit vielen Jahren auch ein Vertreter der Kunstuniversitäten hineingewählt. Es haben sich auch VertreterInnen anderer Unis an den Protesten beteiligt und sind seitdem tlw. an die IG angedockt. Außerhalb Wiens gab es noch keine organisatorische Erweiterung der IG, aber es gab deutliche Interessensbekundungen an einer Zusammenarbeit. So bin ich z.B. während der Proteste nach Graz zu einem Vortrag in den besetzten Hörsaal eingeladen worden und habe mit der dort aktiven Gruppe Kontakte geknüpft. Die Bereitschaft zur zukünftigen Kooperation besteht auch weiter. Es hat auch eine Einladung nach Innsbruck gegeben, der ich jedoch aufgrund der Wiener Verpflichtungen nicht nachkommen konnte. Aber es existieren jedenfalls neue Kontakte, die eine weitere Zusammenarbeit ermöglichen und es geht ja insgesamt nicht darum, Mitglieder für die IG zu gewinnen, sondern sich in der praktischen Arbeit zu vernetzen und die IG zu einem gemeinsamen Sprachrohr zu machen. Die Gewerkschaft können wir natürlich nicht ersetzen.

6) Neu war auch – und das hängt sicher ebenfalls mit der intensiven Nutzung neuer Kommunikationstechnologien zusammen – das Ausstrahlen über die österreichischen Grenzen hinaus; früher war es ja eher umgekehrt, dass

Bewegungen in Deutschland auf Österreich ausgestrahlt haben. Hier ist es ja in der Folge nicht nur zu einer Kettenreaktion von Besetzungen in anderen europäischen Ländern gekommen, sondern auch die Diskussion über die Auswirkungen von Bologna hat einen weit über Österreich hinausgehenden Stellenwert bekommen. Birgt das auch neue Chancen?

Ganz sicher, das ist wahrscheinlich einer der wichtigsten Aspekte dieser Bewegung, dass sie sich bis zu einem bestimmten Grad – vor allem im Kontext der Auseinandersetzung mit der Bologna-Reform – zu einer europäischen Bewegung entwickelt hat. Das zeigt sich aber nicht nur im universitären Bereich, sondern generell bei sozialen Bewegungen, dass sie sich zunehmend auf gesamteuropäischer Ebene zu konstituieren versuchen. Das ist zumindest im Ansatz geschehen, vor allem in Deutschland und in Bezug auf die Bologna-Debatte auch in Frankreich und Italien; da sind europäische Vernetzungen entstanden, die wichtig sind. Wie nachhaltig diese sind, werden wir auch erst in einigen Jahren sehen, aber die österreichischen Studentenproteste haben hier sicherlich Vorbildwirkung gehabt. Ich war kurz vor Weihnachten wegen eines schon lange geplanten Vortrags zu einem völlig anderen Thema an der Universität in Halle a.d. Saale und habe im Anschluss noch kurz in den dort besetzten Hörsaal vorbeigeschaut und da ist man als Wiener fast schon mit Respekt behandelt worden und hat gemerkt, dass das, was da in Wien passiert ist, selbst auf eine kleinere deutsche Universität ausgestrahlt hat. Da haben sich Studierende dort über die Livecam Vorträge aus dem Wiener AudiMax angesehen. Irgend-

wer hatte sogar meinen Vortrag mit verfolgt. Also da war Wien schon eine Zeit lang Fokuspunkt für eine europäische Bewegung. Die Frage ist jetzt, inwieweit dabei entstandene Kontakte nun weiter gepflegt und ausgebaut werden können.

Im Grunde erfordert Bologna ja eine gesamteuropäische Reaktion; die grundsätzliche Idee eines „europäischen Hochschulraums“ ist ja sicherlich ehrenwert, die Frage ist halt „wie“ und mit welchen Zielsetzungen. Wenn man hier etwas korrigieren will, braucht man dazu jedenfalls eine gesamteuropäische Bewegung. Teilweise ist das in dieser Bewegung sogar über Europa hinausgegangen, es gab da auch Solidarierungen von Unis in Kalifornien oder Mexiko und ich hatte z. B. über Facebook Kontakt zu einem Kollegen im Libanon, der sich über die Bewegung informieren wollte, weil der Libanon sich in den Bolognaprozess einklinken will. Das ist letztlich eine Globalisierung von unten, die dringend erforderlich ist, weil man der neoliberalen Globalisierung ja nicht nationalstaatliche Borniertheit entgegenzusetzen sollte, sondern einen Kosmopolitismus von unten. Wobei hier auch die Eröffnung einer generellen bildungs- und sozialpolitischen Perspektive wichtig wäre, die über die Universitäten hinausdenkt. So unkonkret diesbezügliche Überlegungen teilweise waren, haben sie doch verdeutlicht, dass man die Entwicklung der Universitäten nicht losgelöst von der Entwicklung der Gesellschaften betrachten kann, in denen sie sich befinden.

*Herr Schmidinger, wir danken für das Gespräch.*